

vergessen - verschweigen - vereinnahmen

Erinnerungskultur und Geschichtspolitik 61 Jahre nach dem Tag der Befreiung

Im Mai 2006 jährt sich zum 61. Mal der Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus durch die Armeen der UdSSR, Frankreichs, Großbritanniens und der USA. Am 7. und 8. Mai 1945 unterzeichneten Vertreter des faschistischen Deutschlands im französischen Reims und Berlin ihre bedingungslose Kapitulation. Das Ende der nationalsozialistischen Barbarei bedeutete Befreiung: Befreiung für die Menschen, die in den Konzentrationslagern bis zur Ankunft der Alliierten überlebt hatten, Befreiung für die in den Untergrund gezwungenen Menschen, Befreiung für Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti, Befreiung für die Menschen in den von der deutschen Wehrmacht überfallenen Staaten, für die nach Deutschland verschleppten ZwangsarbeiterInnen, Schwule und Lesben, „Asoziale“, Menschen mit Behinderungen, Linke der verschiedensten Organisationen und Strömungen, Demokratinnen und Demokraten, Liberale und viele mehr. Der 8. Mai letzten Jahres war als 60. Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus wochenlang öffentliches Thema. Selten wurde Erinnerung soviel Bedeutung geschenkt wie im Gedenkjahr 2005. PolitikerInnen vor allem aus der rot/grünen Koalition bemühten sich Trauer öffentlichkeitswirksam darzustellen. Trotz dieses bedeutsamen Datums war die Auseinandersetzung exemplarisch für die oberflächliche Erinnerungskultur und zahlreiche Vereinnahmungs- und Umdeutungsversuche.

An den öffentlichen Gedenkveranstaltungen in Buchenwald am 10.4. und in Auschwitz am 27.1.05 nahmen viele bekannte deutsche PolitikerInnen teil. Rücksicht auf die ehemaligen Opfer oder gar tatsächliche Anteilnahme fand man hier allerdings kaum. So drängten sich in Buchenwald die PolitikerInnen nach vorne und nahmen damit den Opfern die Sicht auf das Geschehen. Mit Ausnahme des kürzlich verstorbenen Paul Spiegel (Präsident des Zentralrats der Juden) begrüßten die RednerInnen zuerst die Politprominenz der ersten Reihen, bevor sie sich an die ehemaligen Häftlinge wandten. Einem ehemaligen russischen Gefangenen, der nach den Gründen für seine schon seit Jahrzehnten ausbleibende Entschädigung fragte, hatte Gerhard Schröder nur ein müdes Lächeln entgegen zu bringen, bevor er zum nächsten Termin eilte. Bei der Gedenkveranstaltung in Auschwitz ließen die angereisten Staatsmänner und wenigen Staatsfrauen die Opfer im Schnee stehen, wo sie frierend stundenlang auf die Busse warteten, während die Prominenz in ihren Limousinen davon fuhr.

Mit der Mitte in die Zukunft...

Dies sind nur Beispiele wie Gedenken heute hier stattfindet. Statt einer tatsächlichen Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit, vollzieht sich Gedenken in erster Linie an feststehenden Daten in ritualisierter Form. Erinnern ist kaum Bestandteil des Alltags, regelmäßig werden die Opfer ignoriert und übergangen. Zwar sind öffentliche Bekenntnisse gegen Antisemitismus und rassistische Angriffe häufig zu hören und es wurde ein beachtliches Maß an Aufwand betrieben, um zu vermeiden, dass Bilder von Neonazis um die Welt gehen, die am 8. Mai durchs Brandenburger Tor ziehen. Es soll jedoch der Eindruck eines „geläuterten Deutschlands“ entstehen, das seine Nazi-Vergangenheit bewältigt hat. Schon in seiner Regierungserklärung 1998 machte Schröder sein Anliegen

deutlich. Für die BRD beanspruchte er „das Bewusstsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muss, die sich der Geschichte und ihrer Verantwortung stellt, aber bei aller Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen, nach vorne blickt.“

Deutschland solle internationale Verantwortung übernehmen und als Vertreterin des „humanitären Westens“ Menschenrechte in aller Welt - gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln - durchsetzen. Die mittlerweile regierende Alt-68er Generation begründete auf perfide Weise den Jugoslawienkrieg, mit dem Argument, dass Auschwitz nie wieder geschehen solle. Damit wurde die Aussage „Nie wieder Auschwitz. Nie wieder Krieg!“ auf eine Weise instrumentalisiert, die keine andere Akteurin der politischen Landschaft besser hätte vertreten können. Die „Normalisierung Deutschlands“, die die Regierung Kohl immer angestrebt und eher plump versucht hat, gelang Rot-Grün deutlich erfolgreicher und schneller.

...heißt Tradition pur

Gleichzeitig wurde den Opfern des NS-Regimes auch weiterhin wenig Beachtung und noch weniger Respekt entgegengebracht und ihnen z.T. bis heute Entschädigungszahlungen verweigert. Von den Opfern als entwürdigend empfundene Prozeduren, lange Wartezeiten und viele Ausschlussklauseln sorgten dafür,

dass viele zu Lebzeiten noch nicht einmal symbolische Zahlungen bekamen. Ehemalige ZwangsarbeiterInnen, Euthanasieopfer und so genannte Asoziale waren ohnehin lange von Zahlungen kategorisch ausgeschlossen und sind es zum Teil noch heute. Gleichzeitig wird die Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen weiter vorangetrieben, immer mehr Menschen werden in die Illegalität gedrängt und von grundlegenden sozialen Rechten ausgeschlossen.

Alljährlich reist Politprominenz auch zu dem Treffen der ehemaligen Gebirgsjäger in Mittenwald und gedenkt der „gefallenen Kameraden“, ihrer „Pflichterfüllung und ihres Opfermuts“. Dieser manifestierte sich z.B. am Mord von 150 ZivilistInnen im griechischen Kommeno. Nahezu unbehelligt und mit Zuspruch der örtlichen Bevölkerung legt das Verteidigungsministerium alljährlich einen Kranz auf der Feier nieder.

Die hegemoniale Deutung der Geschichte beinhaltet, dass 1945 als die „Stunde Null“ und als starker Bruch zur Vergangenheit gesehen wird. Es wird an den „Widerstand“ des 20. Juli erinnert, den ein Kreis Generäle, die lange dem Regime treu waren, angehörten. In der medialen Aufbereitung des Themas wird ein Widerstand der deutschen Bevölkerung suggeriert, der aber nie wirklich vorhanden war. Bis zuletzt kämpften die u.a. im Volkssturm organisierten Deutschen gegen die Versuche der Antihitlerkoalition, das faschistische Deutschland zu besiegen. Tatsächlich vorhandener Widerstand wie der von PartisanInnen hingegen wird kaum erwähnt.



Der Nationalsozialismus wird als Machwerk eines Kreises bösser Männer rund um Hitler dargestellt, das „Volk“ hingegen, sei betrogen worden, kaum AnhängerInnen, sondern höchstens MitläuferInnen waren nach eigener Aussage nach 1945 anzutreffen.

Deutsche Interessen ganz unverkrampft

Die meisten Deutschen wiesen schon immer eine Mitschuld weit von sich und diejenigen, die sich lange Zeit mit den Verbrechen ihrer Eltern- generation auseinander setzten, sind nun darum bemüht, ein „unverkrampftes Verhältnis“ (Roman Herzog) zur deutschen Vergangenheit zu entwickeln. Dieser propagierte Schlussstrich, welcher von der breiten Bevölkerung unterstützt und mitgetragen wird, macht deutsches Nationalbewusstsein (wieder) hoffähig. Kampagnen wie „Du bist Deutschland“ verstärken diese Tendenz. In der Kampagne wird suggeriert, dass alle sich dem nationalen Kollektiv unterordnen und freudig an ihm mitwirken sollen: „Egal wo du arbeitest. Egal, welche Position du hast. Du hältst den Laden zusammen. Du bist der Laden. Du bist Deutschland... Behandle dein Land doch einfach wie einen guten Freund. Meckere nicht über ihn, sondern biete ihm deine Hilfe an. Bring die beste Leistung, zu der du fähig bist. Und wenn du damit fertig bist, übertriff dich selbst... Du bist Deutschland.“

Dabei hat sich Anfang der 90er Jahre gezeigt, dass der Nationalismus im Gefolge der so genannten Wendeeuphorie gewaltsame rassistische Übergriffe und rechtsradikales Gedankengut massiv verstärkte. Gewalt gegen Menschen anderer Hautfarbe und vermeintliche Linke sind keine Einzelfälle und werden als solche höchst selten in der Öffentlichkeit thematisiert. So zählt die Bundesregierung für 2005 10.271 rechtsextremistische und ausländerfeindliche Straftaten, darunter 588 Gewalttaten – das sind durchschnittlich 28 Straf- und 2 Gewalttaten täglich. Opferberatungsstellen zählen im gleichen Zeitraum 614 gewalttätige rechtsextreme Übergriffe alleine in den neuen Bundesländern, wobei die Dunkelziffer noch erheblich höher liegt, da viele Taten aus Angst nicht im eigentlichen Kontext angezeigt werden.¹

Der aktuelle Aufschrei und die konsequente Ahndung des rassistischen Mords in Potsdam ist eher die Ausnahme im bundesdeutschen Alltag. Jörg Schönbohm findet die Ereignisse „hochstilisiert“ und versucht auch kontinuierlich die rechtsradikale Motivation zu relativieren. Schäuble kommentierte gar, dass „auch blonde und blauäugige Menschen Opfer von Gewalttaten würden“. Wie schon beim „Aufstand der Anständigen“ 2002 war in erster Linie die Sorge um das Ansehen im Ausland groß. Nun hat Brandenburg eine Imagekampagne losgetreten, dass die Weltoffenheit des Standorts Brandenburg beweisen soll. Wiedereinmal wurde der Zusammenhang von erstarkendem Nationalismus, von dem sich die Neonazis ermuntert sehen, und rassistischen Gewaltexzessen kaum thematisiert.

Sind nicht alle ein bißchen Opfer...?

Da die SPD so glaubwürdig die „Normalisierungspolitik“ vorantreibt, kann sich die CDU/CSU nun darauf konzentrieren, das „Gedenken zu entdifferenzieren“ (Norbert Frei) und unter totalitarismustheoretischem Vorzeichen die Trennlinie zwischen Opfern und Tätern weiter zu verwischen. Was in den 1950er Leitlinie der bundesdeutschen Politik war, erlebt ein Revival: Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ trägt ebenso wie die 2004 und 2005 von den Unionsparteien eingebrachten Anträge zur „Förderung von Gedenkstätten der Diktaturgeschichte in Deutschland“ dazu bei, die völlig unterschiedlichen Dimensionen der Verbrechen, den historischen Kontext, die Ursachen und Folgen und letzt-

endlich auch die Singularität der Shoa zu verwischen. SPD und z.T. auch die Grünen bewegen sich in diesen Fragen immer wieder auf die Union zu und verhelfen diesem neuen erinnerungspolitischen Paradigma langsam zur Geltung.

Dieses Nebeneinander von ritualisiertem Gedenken mit den Opfern des Nationalsozialismus und das Feiern mit Teilen der ehemaligen Wehrmacht, einerseits moralische Betroffenheit über rechte Gewalt zu zeigen, sie vorgeblich mit aller Härte zu bekämpfen und andererseits das Erstarken des Nationalismus aktiv zu befördern, zeigt die Ambivalenz bundesdeutscher Politik. Diejenigen, die aktiv gegen Rechts vorgehen, werden ständig kriminalisiert und mit dem Verweis auf die „Gefahr des Extremismus von beiden Seiten“ zu diskreditieren versucht. So betont Schönbohm auch beharrlich im Kontext des Mordes von Potsdam, es müsse auch „konsequent gegen Linksextremismus“ vorgegangen werden, ohne sich auch nur zu bemühen, irgendeinen Zusammenhang zum Anlass herzustellen. Diese Rhetorik dient in erster Linie dazu, linke Politikentwürfe und Kritik zu diskreditieren und die Distanzierung der „Anständigen“ von anderen AntifaschistInnen zu erreichen. Die Gleichsetzung von Links und Rechts stellt eine Wiederauflage der unsäglichen Totalitarismustheorie dar, die seit den 1950er Jahren versucht, die Wesensgleichheit von Faschismus und Kommunismus heraufzubeschwören (exemplarisch Brezinski/ Friedrich und Bracher). Teils wird sogar soweit gegangen, die Shoa als „asiatische Tat“ und „Reaktion auf die Verbrechen der Bolschewiki“ umzudeuten (Ernst Nolte). Im Gegensatz dazu wird damals wie heute das demokratische System westlicher Prägung fein säuberlich gegen „Extremismus von rechts und links“ abgegrenzt. Tendenzen zur zunehmenden Überwachung, mangelnder Rechtsstaat-

lichkeit, einseitiger Medienberichterstattung und zum ideologischen Charakter von Politik werden gänzlich negiert.

Dabei war und ist die Totalitarismusthese nicht in der Lage Ursprünge, Ursachen oder Verlauf des NS zu erklären. Sie versteht weder den deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieg, noch den Holocaust als grundlegenden Teil des deutschen Faschismus. Die Tatsache, dass die deutschen Eliten 1933 den Staat an die Nazis übergeben haben und zum allergrößten Teil materiell aus der weiteren Entwicklung des Regimes profitierten, wird schlicht ignoriert. Sowohl die politischen Inhalte als auch der zeitgeschichtliche Hintergrund kommt in dieser Betrachtung nicht vor, nach Ursachen wird nicht einmal gefragt. Auch wenn sich die Totalitarismusthese wissenschaftlich nicht durchsetzen konnte, wird sie nun lange nach Ende des kalten Krieges wieder vermehrt verwendet. Dies führt dann zu Aussagen wie von Schönbohm bei der Gedenkfeier zum 61. Jahrestags der Befreiung des KZs Sachsenhausens, der explizit betonte, auch der Opfer des sowjetischen Gefangenenlagers zu gedenken, das nach 1945 auf dem Gelände untergebracht war. Dass er damit vor ehemaligen Häftlingen der Folterer und Mörder gedenkt, die als KZ-Aufseher die Anwesenden schikaniert hatten, dürfte dem Redner durchaus klar gewesen sein. Es ist nur einer der krassen verbalen Ausfälle, bei denen Opfer und Täter intentional vermischt werden. Sich gegen diese Relativierungen und eine deutschen Opferperspektive, gegen Schlussstrichmentalität und die Vereinnahmung der Erinnerung zur Legitimierung deutscher Selbstbewusstseinsansprüche zur Wehr zu setzen ist deshalb wichtiges Anliegen linker, antifaschistischer Politik.

8. Mai 2006

16:00 Kundgebung Marktplatz

19:00 Vortrag im G-Werk: „Die deutsche Studierendenschaft auf dem Weg in den NS“ (AK Antifa im fzs)

21:00 Konzert im G-Werk: „Das Bierbeben“ u.a. mit Jan Müller (Tocotronic), danach Party

chen oder Verlauf des NS zu erklären. Sie versteht weder den deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieg, noch den Holocaust als grundlegenden Teil des deutschen Faschismus. Die Tatsache, dass die deutschen Eliten 1933 den Staat an die Nazis übergeben haben und zum allergrößten Teil materiell aus der weiteren Entwicklung des Regimes profitierten, wird schlicht ignoriert. Sowohl die politischen Inhalte als auch der zeitgeschichtliche Hintergrund kommt in dieser Betrachtung nicht vor, nach Ursachen wird nicht einmal gefragt. Auch wenn sich die Totalitarismusthese wissenschaftlich nicht durchsetzen konnte, wird sie nun lange nach Ende des kalten Krieges wieder vermehrt verwendet. Dies führt dann zu Aussagen wie von Schönbohm bei der Gedenkfeier zum 61. Jahrestags der Befreiung des KZs Sachsenhausens, der explizit betonte, auch der Opfer des sowjetischen Gefangenenlagers zu gedenken, das nach 1945 auf dem Gelände untergebracht war. Dass er damit vor ehemaligen Häftlingen der Folterer und Mörder gedenkt, die als KZ-Aufseher die Anwesenden schikaniert hatten, dürfte dem Redner durchaus klar gewesen sein. Es ist nur einer der krassen verbalen Ausfälle, bei denen Opfer und Täter intentional vermischt werden. Sich gegen diese Relativierungen und eine deutschen Opferperspektive, gegen Schlussstrichmentalität und die Vereinnahmung der Erinnerung zur Legitimierung deutscher Selbstbewusstseinsansprüche zur Wehr zu setzen ist deshalb wichtiges Anliegen linker, antifaschistischer Politik.

¹ weitere Zahlen unter www.mut-gegen-rechte-gewalt.de